

Antrag

der Abgeordneten Günther Friedrich Nolting, Hildebrecht Braun (Augsburg), Rainer Brüderle, Ernst Burgbacher, Jörg van Essen, Rainer Funke, Joachim Günther (Plauen), Dr. Karlheinz Guttmacher, Klaus Haupt, Walter Hirche, Birgit Homburger, Ulrich Irmer, Dr. Heinrich L. Kolb, Jürgen Koppelin, Ina Lenke, Jürgen W. Möllemann, Dirk Niebel, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Cornelia Pieper, Dr. Günther Rexrodt, Dr. Edzard Schmidt-Jortzig, Marita Sehn, Dr. Max Stadler, Dr. Dieter Thomae, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der F.D.P.

Deutsche Beteiligung an INTERFET beenden

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag setzt sich seit langem für die Wahrung der Menschenrechte ohne Unterscheidung nach Regionen und Volksgruppen ein. Er bekennt sich mit Nachdruck zur Menschenrechts- und Friedenspolitik der Vereinten Nationen in Ost-Timor. Sein Beschluss vom 7. Oktober 1999 zur Unterstützung dieser Politik durch den Einsatz von Bundeswehrsoldaten war ein Versuch der sinnvollen Hilfe im internationalen Verbund.

Seit der Herstellung der Einsatzbereitschaft des Bundeswehrekontingents in Darwin/Australien, wurden bis Ende November 13 MEDEVAC-Flüge für 80 Verwundete und Kranke durchgeführt. Die aufgewendeten Mittel hierfür betragen rund 13 Mio. DM, d. h. 160 000 DM pro ausgeflogenen Verwundeten/Kranken. Da die Patienten entweder in den großteils unzerstörten Hospitälern Ost-Timors medizinisch versorgt werden oder aber mit regelmäßig Dili anfliegenden Verkehrsflugzeugen ausgeflogen werden können, besteht keine zwingende Notwendigkeit der weiteren Bereitstellung von MEDEVAC. Ein Verbleiben des Bundeswehrekontingents in Darwin/Australien ist somit nicht mehr notwendig.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

1. den Vereinten Nationen unverzüglich mitzuteilen, dass die MEDEVAC-Einsätze der Bundeswehr in Kürze eingestellt werden und das Bundeswehrekontingent nach Deutschland zurückverlegt wird,
2. den Vereinten Nationen mitzuteilen, dass die so eingesparten Mittel für den Aufbau bedarfsgerechter und effizienterer Strukturen zur medizinischen Versorgung in Ost-Timor verwendet werden.

Berlin, den 9. Dezember 1999

Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion

